

„Wohlfahrtschauvinismus“ und die Neue Rechte in Europa

Mechanismen und Auswirkungen

Nicht erst seit gestern gewinnen in Europa rechtspopulistische beziehungsweise rechtsextreme Parteien und Bewegungen immer mehr an Zulauf. Im Zuge dessen finden sich diese Parteien vermehrt in den Regierungen, so auch in Italien. Hier ist die rechtsextreme *Lega* seit Juni 2018 an der Regierung beteiligt. Im Folgenden sollen die Gründe und Mechanismen beleuchtet werden, welche unter anderem zu dieser Entwicklung im politischen Klima geführt haben. Von Thomas Bollwein.

Der Begriff Wohlfahrtschauvinismus bezeichnet eine Rhetorik, die den bereits vorhandenen Sozialstaat als eine exklusive Institution beschreibt, welcher vor ‚den anderen‘ zu schützen beziehungsweise zu verschließen ist. So greift die Neue Rechte die alltägliche Erfahrung vieler Lohnabhängiger auf, dass es trotz zunehmenden Wohlstands nicht mehr für alle zu reichen scheint. Meist völkisch-populistisch formuliert so der Wohlfahrtschauvinismus, dass Wohlstand, ein gutes Leben und Arbeitsmöglichkeiten für ein homogenes Volk der ‚Einheimischen‘ sich allein durch Geburt, Blutsbande, Kultur sowie Tradition definiert und legitimiert – es entsteht nach dieser Ideologie eine Solidargemeinschaft mit fragwürdiger Zielsetzung: „Eine Solidargemeinschaft braucht Grenzen und einen Nationalstaat, der dieses Solidarsystem begrenzt und verwaltet“, schreibt Björn Höcke Ende 2017 in Erfurt und bezieht sich abschließend auf das ‚deutsche Volk‘. Bei seinen Auf-

tritten wendet er sich gegen den Neoliberalismus, Großkonzerne, den Staat und setzt auf sozialpopulistische Redewendungen nationalistischer und völkischer Prägung ähnlich vieler anderer Redner*innen der Neuen Rechten in Europa. Während seine Ansichten innerhalb der *AfD* beim wirtschaftsliberalen Flügel umstritten sind, bewegen sich andere Parteien in Europa mit ihrem Sozialprogramm schon länger in eben diese Richtung. So setzt der *Front National* seit der französischen Präsidentschaftswahl 2012 auf einen ebensolchen kapitalismuskritischen und wohlfahrtschauvinistischen Sozialpopulismus - auf Kosten von Minderheiten. Eine einheitliche Linie zwischen den Parteien und Bewegungen gibt es dennoch nicht.



Die Schlangen werden länger, der Ton wird aggressiver. Deutscher Kaffee und deutsche Doughnuts nur für deutsche Arbeitslose – die extreme Rechte spielt alleingesessene Arme gegen neu hinzugekommene Arme aus.

Wen und wie exkludiert der Wohlfahrtschauvinismus

Um dieses Ideengut zu begreifen, muss erst betrachtet werden, was im Herzen des Arguments steht: Der Sozialstaat, der eine soziale und ökonomische Grund- und Absicherung verspricht. In den meisten europäischen Staaten stellt dieses Sozialsystem einen wichtigen Bestandteil des Wohlfahrtsstaates dar und ist für die meisten Menschen nicht mehr wegzudenken. Zunehmend verbinden die neuen rechten Parteien und Bewegungen eine Kritik am Sozialstaat mit Fragen der Migration. Es verschmelzen die beiden Bereiche, so dass argumentiert wird, die ökonomischen und sozialen Vorteile des Sozialstaats dürften ausschließlich

der Grenzen zwischen dem ‚wir‘ und ‚den anderen‘ kommen. Getrennt wird nicht mehr nur zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen, sondern zusätzlich zwischen dem ‚wir‘ und den ‚sozial noch Schwächeren‘. Prädestiniert hierfür sind Gruppen wie Migrant*innen oder Langzeitarbeitslose. Diese zusätzliche Trennung kann das ‚eigene Ich‘ angesichts der geschürten Ängste vor Abstieg aufwerten. So kann eine Weltsicht, die auf einer Ausgrenzung von als ‚anders‘ festgelegten Gruppen basiert, entstehen. Daher fallen die Argumente der Neuen Rechten hier oftmals auf fruchtbaren Boden und es kann zu einer Radikalisierung kommen. Vor allem diejenigen Menschen aus der Mittelschicht, die sich einen gewissen Wohlstand aufbauen konnten, tendieren zu solchen

Ihre Anhänger*innen stammen ebenfalls aus sozialdemokratischen und linken Teilen der Gesellschaft

nur für die ‚eigene Bevölkerung‘ gültig sein. Ansonsten, so die Logik, laufe das System Gefahr, aufgrund einer vermeintlichen Überlastung zu scheitern. Begründet wird dies oftmals mit der ‚Einwanderung in die Sozialsysteme‘ sowie dem ‚es reicht nicht für alle‘ Argument, wobei der ‚kleine Mann‘ zu kurz kommt. Dabei können sich die Parteien aber auch der Stimmung in dem jeweiligen Land anpassen, um Menschen jeglicher politischer Gesinnung abzuholen. Denn ihre Anhänger*innen stammen nicht nur aus dem rechten und konservativen Milieu, sondern ebenfalls aus sozialdemokratischen und linken Teilen der Gesellschaft. So konnten neue rechte Parteien in Europa unter diesem Argument des Wohlfahrtschauvinismus immer mehr Anhänger*innen gewinnen.

Welche Menschen sind für diese Rhetorik und Programmatik besonders empfänglich?

Nicht nur Menschen in prekären Lebenslagen, sondern auch Beschäftigte in gesicherten Verhältnissen tendieren dazu, den Kampf um Statuserhalt und -verbesserung mittels Vorurteilen auszufeuchten. Insbesondere in einem vom Neoliberalismus, geprägten System, das von einer ökonomischen und sozialen Schere gekennzeichnet und derzeit vor allem in Westeuropa vorherrschend ist, sind Klassenverhältnisse und Verteilungskämpfe von Konkurrenz geprägt. Hinzu kommt das zunehmend sinkende Wirtschaftswachstum, dem der Aufstiegsmythos nicht mehr standhalten kann. In Folge dessen kann es zu einer Verschiebung

Ängsten und greifen daher oftmals zu den entsprechenden Abwertungsstrategien, um das eigene ‚Ich‘ wieder aufzuwerten.

Bringt eine Umsetzung des Wohlfahrtschauvinismus die erhoffte Sicherheit?

Wie bereits erwähnt, sitzen inzwischen, vom Aufwind der Bewegung getragen, vermehrt rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien in europäischen Parlamenten. Doch durch eine besondere Arbeitnehmer*innenfreundlichkeit scheinen sie sich auch bei einer Regierungsbildung nicht auszuzeichnen. Das jüngste Beispiel der österreichischen *ÖVP-FPÖ*-Regierung bezeugt vielmehr das Gegenteil. So erhöhte die Regierung die maximale Arbeitszeit pro Tag von 10 auf 12 Stunden. Vor allem die *FPÖ* hatte dieses Vorhaben zuvor in der Opposition noch kritisiert. Ältere Beispiele zeigen Ähnliches: In Dänemark unterstützte die rechtspopulistische *Dänische Volkspartei* in den 2000ern mehrere Minderheitsregierungen aus der *Konservativen Volkspartei* und der konservativ-liberalen *Liberale Partei Dänemark*. Die *Dänische Volkspartei* ist zwar, zumindest ihrem Programm nach, eher sozialdemokratisch geprägt, vertritt aber im Gegensatz zu den Sozialdemokraten ein eher wohlfahrtschauvinistisches und somit ein auf Ausschluss des ‚anderen‘ basierendes Programm. Im Zuge dieser Regierungen wurden die in Dänemark traditionell starken Gewerkschaften deutlich geschwächt und eingeschränkt. Außerdem wurde der Schutz vor Arbeitslosigkeit vor

allem gegenüber Migrant*innen gelockert. Beispielsweise wurde die sogenannte ‚Start-Hilfe‘ eingeführt, wobei Personen in ihren ersten sieben Jahren in Dänemark nach ihrer Migration nach Dänemark nur noch 65 Prozent der Sozialhilfe erhalten. 2010 wurde zudem gemeinsam mit der *Dänischen Volkspartei* ein Gesetz verabschiedet, welches die Dauer der Leistungen durch die Arbeitslosenversicherung für alle Betroffenen halbierten.

Parteien, die vorgeben, das nationale Sozialsystem vor Migrant*innen ‚schützen‘ zu wollen, stehen somit nicht für einen Ausbau des Sozialsystems, wie sie es oftmals

Deutschland ihren Ausdruck im Hartz IV - System gefunden hat. Diejenigen, die ihren ökonomischen und sozialen Status als bedroht wahrnehmen, suchen weiter nach Gruppen, die sie abwerten können, um ihr eigenes ‚Ich‘ aufzuwerten. Sozialer Ausschluss müsste abgebaut statt verstärkt werden, sodass die Gesellschaft nicht noch weiter auseinanderdriftet und damit der Neuen Rechten in die Karten gespielt wird. Eine Ausgrenzung von Migrant*innen hilft dabei nicht das Problem zu lösen, sondern verstärkt es.<

Sie spielen die von prekären Verhältnissen betroffenen Menschen noch weiter gegeneinander aus

gerne proklamieren. Vielmehr schaffen sie ein Stufen - system, welches die ‚Einheimischen‘ zwar hinsichtlich des Sozialsystems besserstellt, jedoch parallel den Wohlfahrtsstaat schrittweise abbaut. Somit verstärken sie das ohnehin bereits bestehende System der (ethnischen) Konkurrenz und spielen die von prekären Verhältnissen betroffenen Menschen dadurch noch weiter gegeneinander aus, um von tatsächlichen und anderen Problemen abzulenken. Selbst wenn eine neurechte Partei oder Bewegung Einfluss auf die Regierung ausüben kann, profitieren ihre Anhänger*innen von den Änderungen am Wohlfahrtsstaat also nicht.

Was tun?

Thomas Bollwein
arbeitet für den Bayerischen Flüchtlingsrat mit dem Themenschwerpunkt Sonderlager und promoviert zum Thema rechtsextreme Einstellungen und Wohlfahrtsstaat an der Uni Bamberg.

Wendet man den Blick von Dänemark nach Deutschland, so zeigt sich darüber hinaus, dass die von der CSU verfolgte Strategie, die Position von rechtspopulistischen Parteien zu übernehmen, kontraproduktiv ist: Eine Studie der *Konrad-Adenauer-Stiftung* bestätigte, dass eine Annäherung an die Programmatik rechtspopulistischer Parteien, wie beispielsweise Positionen der *AfD* vor allem diesen nützt, da sie so die Themen setzen können. Zudem müssen die Parteien und die Zivilgesellschaft sich klar gegen Ausgrenzungsstrategien positionieren und argumentativ entgegenwirken. Dies reicht aber letztendlich nicht. Denn momentan rächt sich auch die Stigmatisierung bestimmter Gruppen als ‚nutzlos‘, welche durch eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik vorangetrieben wurde und in